

„Kleinprivatwald muss in der Bewirtschaftung bleiben“

Josef Ziegler ist Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbandes und Vizepräsident der AGDW – Die Waldeigentümer. Im Interview blickt er zurück auf die Geschichte des Bundeskongresses Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (BuKo), beleuchtet die aktuelle Lage des Kleinprivatwaldes und erläutert, welche Unterstützung Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse benötigen.

FRAGEN: LEON NAU

Herr Ziegler, an wie vielen Bundeskongressen Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (BuKo) haben Sie bereits teilgenommen?

Ziegler: Insgesamt gibt es diese Veranstaltung schon seit 20 Jahren. Seit 2010 war ich immer dabei. Lange Zeit hat der Bundeskongress in Wernigerode (Harz) stattgefunden. Von dort aus erreichte die Veranstaltung jedoch nicht die optimale politische Wahrnehmung. Im Jahr 2021 kam daher der Wechsel nach Berlin. Ziel war es, den Kleinprivatwald und seine Selbsthilfeorganisationen im politischen Raum sichtbar zu machen.

Was wurde konkret getan?

Ziegler: Die Formate an den beiden Veranstaltungstagen wurden überarbeitet und modernisiert. Neue Formate wie etwa Podiumsdiskussionen, Thementische und politische Impulsvorträge wurden integriert. Auch die Regionalgespräche mit den Förderreferenten der Länder halte ich für sehr nützlich. Mit den neuen Formaten und dem Wechsel in die Hauptstadt ist es nun möglich, Botschaften der Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse (FWZ) und des Kleinprivatwaldes direkt an Politik und Verwaltung zu adressieren.

Und das gelingt auch?

Ziegler: Unbedingt. Am Veranstaltungsort Berlin ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit mehreren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Leitungs- und Arbeitsebene vertreten. Auch Staatssekretäre und die forstpolitischen Sprecher der Regierungsfractionen sind regelmäßig zu Gast. Es ist wichtig, Praxis, Politik und Verwaltung zusammenzubringen. Nur so kann das Verständnis für die aktu-

Zur Person

Forstingenieur Josef Ziegler ist Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbandes und Vizepräsident der AGDW – Die Waldeigentümer. Beruflich arbeitet er seit 20 Jahren haupt- und ehrenamtlich für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse in Ostbayern. Er ist Vorsitzender der Waldbesitzervereinigung Cham-Roding, des Vereins Bayerische Waldbauernschule und des Vereins für forstliche Standortserkundung in Bayern. Ziegler hat eine 25-jährige Erfahrung am Holzmarkt und ist Beirat des Clusters „Forst und Holz“ in Bayern. Er engagiert sich in mehreren Gremien und Arbeitsgruppen für die Interessen des deutschen Kleinprivatwaldes.



Josef Ziegler

Foto: AGDW – Die Waldeigentümer e.V.

ellen Herausforderungen des Kleinprivatwaldes und der FWZ wachsen. Alle profitieren von den authentischen Berichten aus der Fläche.

Welche Rolle hat der Bundeskongress für die Entwicklung der FWZ gespielt?

Ziegler: Der BuKo stellt seit jeher eine wichtige Plattform der Vernet-

zung, des Austausches und der Weiterbildung von Führungskräften Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse dar. So bietet sich die einmalige Gelegenheit, über den Tellerrand hinauszuschauen und den überregionalen Vergleich zu suchen. Von einem „Kirchturmdenken“ müssen wir wegkommen und den Fokus auf mehr Zusammenarbeit richten. Die einzelnen Gruppen sollten sich gegenseitig kennenlernen und unterstützen. Am Ende können so alle profitieren.

Wie sehen Sie die Entwicklung der FWZ aktuell?

Ziegler: Seit ihrer Gründung haben sich viele Zusammenschlüsse zu Dienstleistern mit vielfältigen Angeboten für ihre Mitglieder entwickelt. Ausgehend von einer Selbsthilfeeinrichtung mit den Schwerpunkten Sammelvermarktung, Informationsweitergabe und Öffentlichkeitsarbeit sowie Material- und Dienstleistungsbeschaffung für die Waldbesitzenden stehen heute zunehmend Beratungs- und Betreuungsleistungen für die Waldbewirtschaftung im Fokus. Auch die überregionalen Strukturen auf Ebene der Forstwirtschaftlichen Vereinigungen wurden vielerorts gestärkt. Dabei hat eine zunehmende Konzentration der Holzindustrie zu einer verstärkten Kooperation der Zusammenschlüsse geführt. So konnten sich teilweise leistungsfähige Vermarktungsplattformen entwickeln. Entweder durch die Weiterentwicklung der bestehenden forstwirtschaftlichen Vereinigungen oder mit Gründung überregionaler GmbHs oder Genossenschaften.



Eine andere wichtige Aufgabe der FWZ ist die Information der Waldbesitzenden über neue Verordnungen, aber auch allgemein über walddpolitische Trends. Können die FWZ dem gerecht werden?

Ziegler: Ja, auch in den meisten FWZ steht das Faxgerät mittlerweile still, der digitale Informationsfluss funktioniert immer besser. Es wird in Zukunft noch wichtiger sein, die Mitglieder über forstpolitische Entwicklungen frühzeitig zu informieren. Da spreche ich nicht nur von landespolitischen Themenfeldern, sondern auch zunehmend von forst- und klimapolitischen Themen auf nationaler und EU-Ebene. Wir sehen gerade eine Flut an Verordnungen, Richtlinien und Vorgaben aus Brüssel und Berlin auf die Waldbesitzenden zurollen, die direkt oder indirekt die Waldeigentümer belasten.

Können Sie Beispiele nennen?

Ziegler: Gute Beispiele sind die EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten, die EU-Richtlinie für erneuerbare Energien (RED III) und das GEG auf nationaler Ebene. In wirkungsvollen Infokampagnen der Waldbesitzenden von Januar bis März 2023 konnte die Eigenschaft von Waldholz als erneuerbarer Energieträger in RED III und im GEG gesichert werden. Dabei war insbesondere die Rolle des Kleinprivatwaldes und der FWZ entscheidend. Diese stellen den Flaschenhals der Informationsweitergabe dar. Beispielsweise hatten in einem Schreiben an die Verhandler im Trilog zur Erneuerbaren-Energien-Richtlinie Anfang des Jahres 2023 fast 800 FWZ mit mehr als 260.000 Mitgliedern und über 2,4 Mio. ha Waldfläche gegen die Diskriminierung von primärer holzartiger Biomasse als nicht erneuerbare Energiequelle protestiert.

Im Koalitionsvertrag wurde erstmals die Stärkung der FWZ festgehalten. Wo sehen Sie Handlungsbedarf vonseiten der Politik?

Ziegler: Eine wichtige Forderung zu Stärkung der FWZ wurde bereits umgesetzt: die beihilferechtliche Genehmigung für die Notifizierung des Fördergrundsatzes C „Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse“ des Förderbereichs 5 „Forsten“ der GAK seitens der EU-Kommission. Die erfolgreiche Notifizierung im Dezember 2022 stellt die Umsetzung einer wichtigen Forderung der FWZ dar, die bereits beim BuKo

2021 formuliert wurde. Mit dem Wegfall der De-minimis-Begrenzung können viele FWZ nun ein höheres Fördervolumen in Anspruch nehmen und ihren Mitgliedern in einem größeren Umfang Dienstleistungen anbieten. Das können wir als politischen Erfolg verbuchen.

Was kann die Politik noch zur Stärkung der FWZ tun?

Ziegler: Die FWZ müssen sich weiter professionalisieren, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. Das betrifft zum einen die Erweiterung des Aufgabenspektrums der Zusammenschlüsse und den Erhalt wettbewerbsrechtlicher Privilegien sowie verlässliche Staatsbeihilfen, die eine Planbarkeit erlauben. Wichtig für die kleineren Forstbetriebsgemeinschaften (FBG), die oft ehrenamtlich geführt werden und selbst nicht alle Aufgaben abdecken können, ist eine professionelle Dachstruktur. Diese Aufgabe nehmen die FWZ wahr, in denen sich FBG zusammenschließen.

Es kursiert ein erster Entwurf eines neuen Bundeswaldgesetzes im Netz. Sehen Sie konkreten Handlungsbedarf im Zuge der geplanten Novellierung?

Ziegler: Wir haben ein gut funktionierendes Bundeswaldgesetz. Eine komplette Überarbeitung halte ich für unnötig und nicht zielführend. Ein Gesetz auf Bundesebene sollte Grundsätze festlegen und kein Versuch des Mikromanagements im Stil eines Waldbauhandbuchs sein. Die Nutzung unseres wichtigsten Rohstoffes – das Holz – muss auch in Zukunft gesichert werden. Das sollte im Gesetzestext entsprechend priorisiert werden. Dabei geht es nicht nur um die Sicherung der Versorgungsleistung, sondern auch um aktiven Klimaschutz und dem generellen Erhalt der vielfältigen Ökosystemleistungen. Durch nachhaltige Holznutzung und Substitution fossiler Rohstoffe steigt die Klimaschutzleistung des Waldes. Deshalb sind Nutzungsverbote und zunehmende Einschränkungen der nachhaltigen Nutzung absolut kontraproduktiv.

Worin liegen die Stärken des Kleinprivatwaldes und der FWZ?

Ziegler: Der Kleinprivatwald zeichnet sich durch eine enorme Vielfalt an Eigentümerinnen und Eigentümern aus,

die oftmals vollkommen unterschiedliche Ziele haben. Das führt zu kleinflächig strukturierten und gemischten Wäldern mit hohem Nutzen für die Gesellschaft. FWZ als Selbsthilfeeinrichtungen des Kleinprivatwaldes fördern die Eigenverantwortung und Selbstbestimmtheit der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer. Mit der Stärkung der FWZ steigt auch die forstpolitische Bedeutung des Kleinprivatwaldes. Die FWZ mit ihren vielen Mitgliedern sind quasi Waldbesitzer-NGOs und somit eine nicht zu unterschätzende Gruppe im politischen Diskurs.

Welche Unterstützung brauchen FWZ auf dem Weg zur weiteren Professionalisierung?

Ziegler: Die Finanzierung von FBGn und FWZ ist durch das stark schwankende Holzgeschäft im Zuge des Klimawandels immer schwieriger geworden. Dabei stellen Aufwandsentschädigungen und Überschüsse aus dem Holzgeschäft bisher die wichtigste Einnahmequelle dar. Ein geringerer Teil der Einnahmen wird über Mitgliedsbeiträge sowie sonstige Dienstleistungen, wie etwa Sammelbeschaffungen, generiert. Um das Beratungsangebot der FWZ langfristig sicherstellen zu können, sind entsprechende Förderprogramme unverzichtbar. Staatliche Unterstützung wird dort benötigt, wo die Transaktionskosten der einzelnen Waldbesitzenden besonders hoch sind. Dabei sollten aktive FWZ in schwierigen naturalen Ausgangslagen und ungünstigen Besitzstrukturen besonders unterstützt werden. Hier ist in einigen Bundesländern noch Luft nach oben.

Was müssen die Bundesländer tun?

Ziegler: Ein erfolgreiches Modell der Förderung der FWZ sind die Waldpflegeverträge, bei denen auch Kleinststrukturen des Privatwaldes über eine Stafflung der Beträge nach Besitzgröße berücksichtigt werden. Mehrere Länder haben es mit der Aufnahme in ihren Landesförderprogrammen vorgemacht. Es ist daher zu begrüßen, dass dieses Erfolgsmodell auch in weiteren Bundesländern berücksichtigt werden soll. Siehe Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen.

Vielen Dank für das Gespräch!